

Das Gespenst der Euro-Skepsis. Deutsch-niederländische Perspektiven

Das Phänomen der Euro-Skepsis ist kürzlich sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden ein wichtiger Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden. George Bernard Shaw, der englische Schriftsteller, hat einst die scharfsinnige Bemerkung gemacht: „Es gibt zwei Tragödien im Leben, die eine ist der endgültige Verzicht auf Herzenswünsche, die andere deren Erfüllung“. Dieses Zitat ist vielleicht passend, um die derzeitige Lage Europas zu kennzeichnen. Denn das europäische Einigungsstreben, genauer formuliert, die politische Integration von Staaten mit stolzer Vergangenheit und einem stark ausgeprägten Nationalgefühl, ist nicht nur ein historisches Experiment ohne Präzedenz, sondern es ist auch ein Abenteuer, das entgegengesetzte Effekte hervorgebracht hat. Die Europäer haben allerdings viele gute Gründe, mit Dankbarkeit auf die Leistungen der Europäischen Gemeinschaft in den vergangenen Jahrzehnten zurückzublicken. Vieles, wovon frühere Generationen nur träumten, ist selbstverständlich geworden. Die europäische Zusammenarbeit hat Chancen zur Herausbildung einer Wohlfahrts- und Friedensgemeinschaft eröffnet, in der nationale Interessen ausgeglichen und grenzüberschreitende Probleme gemeinsam gelöst werden können. Besonders für kleine Mitgliedstaaten, wie die Niederlande und Belgien, ist der Aufbau einer gemeinsamen Rechtsordnung von besonderer Bedeutung, weil dadurch Garantien gegen die Überlegenheit großer Mitgliedstaaten und gegen die Rückkehr alter Machtpolitik geschaffen sind.

Das historische Format dieser Leistungen ist nicht anzuzweifeln, aber Nostalgie ist kein fruchtbarer Ausgangspunkt für politisches Handeln. Es ist schon ein Zeichen bitterer Ironie, wenn außerhalb Europas die Ergebnisse unserer Einigungsbemühungen mehr Bewunderung abnötigen als in Europa selbst. Man kann nicht einfach die Augen vor der Tatsache verschließen, daß in unseren Ländern ein großer Teil vom einstigen Engagement für die europäische Sache verlorengegangen ist. Viele junge Menschen erleben die Errungenschaften der europäischen Integration längst als unspektakulär. Sie glauben nicht daran, daß das Rad der Geschichte noch zurückgedreht werden könne.

In Deutschland verursacht zum Beispiel die alte Zauberformel ‚Entweder Europa oder Krieg‘ nur noch eine schwache politische Resonanz. Mit zunehmender Lautstärke ist hier eine Diskussion im Gange, die weit über die Einhaltung der Konvergenzkriterien der Währungsunion hinausgeht, da sie die Frage nach Sinn, Zweck und Aussichten des als gemeinschaftliche Währungseinheit vorgesehenen Euro aufwirft. Auch in den Niederlanden hat die Europabegeisterung viel von ihrem einstigen Schwung verloren. Nur wenige niederländische Politiker und Publizisten äußern sich noch optimistisch über die Gestaltung einer Europäischen Föderation und über das bevorstehende Ende des Nationalstaates. Dies ist darum so bemerkenswert, da die Niederländer sich in der Vergangenheit immer als die Supranationalisten par excellence betrachteten. Ebenso haben sich in anderen Mitgliedstaaten die früheren Sympathien für die europäische Sache in einer Mischung aus Indifferenz, Zweifel und Pessimismus aufgelöst. Zur Selbstgenügsamkeit über die Lage der europäischen

Integration gibt es daher keinen Anlaß. Mit einiger Übertreibung könnte man sagen: Ein neues Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Euro-Skepsis.

Wo liegen die Ursachen für das in vielen Ländern herrschende Klima des Zweifels über die Möglichkeiten und den Wert einer voranschreitenden politischen Vereinigung in Europa? Wie können europäische Ideale gegen das Übel einer Renationalisierung immunisiert werden? Es lassen sich viele Erklärungen zu dem schwindenden Enthusiasmus finden: Sie reichen von der Kritik an mangelnder politischer Führungskraft und der verfehlten Informationsweitergabe an die Bürger bis zum byzantinischen Charakter des Brüsseler Entscheidungsprozesses und zum postmodernen Zweifel an allen großen Politikprojekten. Auch in diesem Fall wird offenbar der Versuch unternommen, den Zeitgeist als Erklärung anzuführen.

Auf die These der sogenannten Machtrealisten sei an dieser Stelle näher eingegangen. Diese Gruppe bringt die abnehmende Unterstützung für das Europa-projekt mit dem Zusammenbruch des alten Sowjet-Reiches und dem Verschwinden der Angst vor einem seinerzeit expandierenden Kommunismus in Verbindung. In ihren Augen sind europäische Einheitsbemühungen beschützte Treibhauspflanzen aus der Zeit des Kalten Krieges, eine gegen den Strich laufende Entwicklung, die Staaten zueinander führte, die historisch ganz und gar nicht zusammengehörten.

Kann Europa deshalb ausschließlich über das Feindbild definiert werden? Natürlich unterliegt es keinem Zweifel, daß die von der Sowjetunion ausgegangene Bedrohung bei den europäischen Ländern die Motivation zu freiwilliger Bindung in einer Gemeinschaftskonstruktion gestärkt hat. Damals war insbesondere den Deutschen klar, daß der politische wie wirtschaftliche Zusammenschluß der westlich orientierten, freiheitlichen Staaten die sicherheitspolitischen Bemühungen der NATO unterstützen sollte. Der belgische Staatsmann Paul-Henri Spaak hatte mit seiner Behauptung, „keinem europäischen Staatsmann - was auch immer seine Verdienste waren - komme der Titel ‚Vater Europas‘ zu, diese Ehre verdiene allein Stalin“ nicht unrecht.

Trotzdem sind die machtrealistischen Thesen nicht überzeugend. Es seien hier zwei wichtige Einwände vorgebracht. Erstens darf man nicht darüber hinwegsehen, daß der primäre Impuls europäischer Integration in den Lehren liegt, die die politischen Eliten in der Nachkriegszeit aus den traumatischen Erfahrungen der Wirtschaftskrise in den 30er Jahren und den danach folgenden dramatischen Ereignissen gezogen haben. Der nach 1945 völlig in Verruf geratene politische und ökonomische Nationalismus war für den erfolgreichen Beginn des Europaprojekts von entscheidender Bedeutung. Zweitens, die weitere - sehr spezielle - Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit, ihre Bewegungen vor- und rückwärts und die politischen Wechselbäder von Europhorie zu Eurosklorose, lassen sich nicht schlechthin mit Konjunkturschwankungen im Ost-West-Verhältnis erklären. Es gab in der Gemeinschaft Jahre des Stillstands und des Pessimismus - zum Beispiel in der ersten Hälfte der 80er Jahre -, die mit einem erneuten Antagonismus der beiden Machtblöcke zusammenfielen. Auf der anderen Seite gab es im Integrationsprozeß auch Perioden voller Optimismus und Fortschritt, wie in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, die die Einheitsakte und das erfolgreiche Wirtschaftsprogramm 1992 hervorbrachten. Diese Jahre standen aber zugleich im Zeichen Gorbatschowscher Politik der Perestroika und dem nahenden Ende des Kalten Krieges.

Welche Auslegungen über das kritischer gewordene Klima enthalten nun eine größere Überzeugungskraft? Auf zwei Auslegungen möchte ich in diesem Zusammenhang näher eingehen. Die erste sieht die Hauptursache im technischen, bürokratischen und unpolitischen Charakter, der den Aufbau der Europäischen Gemeinschaft mitprägte. Sie führt das Argument ins Feld, Europa sei Opfer seines eigenen Erfolges geworden. Welche Gedanken liegen dieser These zugrunde? Der europäische Einigungsprozeß hat sich allmählich und schrittweise vollzogen. Er nahm seinen Anfang in gesellschaftlichen Bereichen, die die gemeinsamen Vorteile am meisten hervorhoben und nationale Leidenschaften am wenigsten entflammen ließen. Wohl durchdacht haben die Urheber der europäischen Integration den Angriff auf das ‚Herz‘ der nationalen Souveränität, die Entscheidungsmacht über die eigene Währung und den eigenen Militärapparat, in den Hintergrund geschoben. Sie haben das gemeinsame Marktprojekt des politischen Gewandes entledigt, um damit - nach dem Fiasko der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 - die Akzeptanz zu verstärken. Die Zielsetzungen wurden vor allem in wirtschaftlichen und technischen Termini präsentiert. Es war der Triumph der Depolitisierung. Jacques Delors, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, drückte dies wie folgt aus: „Der Aufbau Europas wurde lange Zeit in nahezu geheimer Diplomatie vorangetrieben, abgeschottet von der öffentlichen Meinung in den Mitgliedstaaten. Es war die Methode der Gründerväter der Gemeinschaft, eine Art aufgeklärtes Despotentum. Kompetenz und geistige Unabhängigkeit wurden als ausreichende Legitimation zum Handeln, die Zustimmung der Bevölkerung im nachhinein als ausreichend betrachtet.“¹

Es bleibt allerdings die Frage, ob eine mehr politische Strategie - mit Sicht auf die nationalen Interessengegensätze - ebenso erfolgreich gewesen wäre wie die gewählte Methode. Letztere hatte jedoch zur Folge, daß sich die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zumeist am Rande der politischen Prozesse in den einzelnen Mitgliedstaaten vollzog. Damit wird auch die oft debattierte Frage des ‚demokratischen Defizits‘ angesprochen. Es handelt sich dabei nicht um einen Zufall oder um die von den Architekten der Europäischen Gemeinschaft begangenen Fehler, sondern um einen in die europäische Konstruktion eingemauerten Grundstein. Aus dem Blickwinkel nationaler Politik ist die europäische Integration - so wichtig sie in materieller Hinsicht auch immer gewesen sein mag - nichts weiter als eine ‚side show‘ gewesen. Dieser Eindruck wird durch die gewaltige Ausdehnung des nationalen Versorgungsstaates noch verstärkt; im Vergleich dazu verblich Europa.²

Seit dem Maastrichter Vertrag hat sich die Situation grundlegend verändert. Der größtenteils realisierte Binnenmarkt steht nicht mehr im Zentrum, sondern die Wirtschafts- und Währungspolitik und die Außenpolitik sowie die äußerst empfindlichen Sachzwänge in den Bereichen Justiz und Polizei. Die Einführung einer gemeinsamen Münze hat den Bürgern die europäische Integration nähergebracht, die nun tief

¹ J. DELORS, *Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1/93, S. 4.

² Diese Vorstellung stützt sich auf H.C. POSTHUMUS MEYJES, *Een sceptische kijk op het euro-scepticisme*, in: *Internationale Spectator* 6 (1997), S. 308.

in den nationalen politischen Prozeß eingreift. Es ist also nicht verwunderlich, daß scharfe Kritik und Debatten entbrannt sind.

In den Niederlanden ist man sich der Tatsache bewußt, daß die Identität Nachkriegsdeutschlands mit der D-Mark als Symbol des Wiederaufbaus aus den Trümmern und der darauffolgenden Wirtschaftskraft eng verbunden ist. Als unmittelbare Nachbarn wissen die Niederländer, welche Bedeutung eine stabile Währung für Deutschland hat. Sie teilen die Sorge vieler Deutscher über eine dauerhafte Wertbeständigkeit des Euro. Denn es liegt auch im Interesse der Niederlande und anderer Mitgliedstaaten mit Stabilitätskultur, daß die neue Währung ebenso stabil wird wie die alte. Deutschland steht in dieser Hinsicht nicht allein. Die Niederlande waren auch immer ein treuer Verbündeter Deutschlands in bezug auf die Gewährleistung der Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank. Diese Eigenschaft ist eine unvermeidliche Voraussetzung für eine auf Dauer gesunde Finanzpolitik.

Die Währungsunion bringt in der Tat Risiken mit sich, aber das Europaprojekt ist sicherlich kein Unternehmen für Angsthasen. Auch vor 40 Jahren wurden mit der Einführung des gemeinsamen Marktes Risiken eingegangen. Auch damals fürchteten Politiker und Experten, daß der Markt aufgrund erheblicher Produktivitätsunterschiede in den einzelnen europäischen Ländern zu einem unverantwortlichen Abenteuer werden könnte. Heute ist die EWU ein kräftiger Hebel für die weitere Einigung, da sie mächtigen Druck auf die Gemeinsamkeit in anderen Politikfeldern ausübt, wie zum Beispiel auf die Koordinierung der Haushaltspolitik und die Harmonisierung der Steuerpolitik. Gerade weil sie den Kern nationalstaatlicher Politik berührt, ist sie auch eine einmalige Chance, den Prozeß der europäischen Integration irreversibel zu machen. Ob die Geschichte uns eine zweite Chance gibt, wenn noch immer für Aufschub plädiert wird, ist fraglich.

Die zweite ernstzunehmende Auslegung der aufkommenden Euro-Skepsis zielt auf die Folgen der dynamischen Entwicklung der Weltwirtschaft für Europa. Paradoxerweise wird das Bedürfnis nach Stärkung der politischen Identität um so größer, je mehr die nationalen Gesellschaften durch die Globalisierung anonymen Kräften, die sich einer Regierungskontrolle entziehen, ausgesetzt sind. Und je schwächer die Gestaltungskraft der Politik im von diesen Kräften angefochtenen Nationalstaat ist, desto stärker ist der Kompensationsdrang vieler Politiker, sich doch irgendwie zu profilieren. In dem Appell an die Ängste der Bürger vor dem Ende der sicheren Arbeitsplätze und dem Wegfall der Nationalgrenzen lauert die Gefahr des Populismus.

Zunehmende Existenzunsicherheit erhöht die Bereitschaft in der Bevölkerung keineswegs, den Europäischen Institutionen, die ohnehin schon eine schwache Legitimitätsgrundlage haben, noch mehr Macht zuzubilligen. Diese Institutionen sind weit vom Bürger entfernt und unerforschlichen Verfahren und Vorgehensweisen unterworfen. Dazu kommt noch die Rolle des Sündenbocks, in die die Union gedrängt wird. Oft wird Brüssel für schmerzvolle Anpassungsmaßnahmen auf nationaler Ebene verantwortlich gemacht. Regierungen rechtfertigen diese Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Konvergenzkriterien der EWU, leider vergessen sie dabei oft den Zusatz, daß Einsparungen auch ohne gemeinsame Währung erforderlich gewesen wären. Selbstverständlich kommt dies nicht der Popularität der Europäischen Union zugute.

Es ist kaum verwunderlich, daß es bei den vielen unterschiedlichen Diagnosen zur Verbreitung der Euro-Skepsis auch ebenso viele Therapien zur Erlösung von den Euro-Qualen gibt. Gefordert wird eine beherzte Führung, eine Rationalisierung Brüsseler Entscheidungsprozesse, mehr Transparenz, eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, eine bessere Aufklärung über die positiven Bestrebungen der EU sowie die Formulierung eines neuen Ideals, das vor allem junge Leute anspricht.

Der Amsterdamer Eurogipfel vom Juni 1997 brachte leider nicht diesen neuen Schwung. Die Ergebnisse waren enttäuschend: Es ist nicht gelungen, die für die EU-Erweiterung notwendigen institutionellen Reformen einzuleiten und die realen Aussichten auf mehr europäische Handlungsfähigkeit im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu vergrößern. Bezüglich der Bewältigung ernster Krisen - wie auf dem Balkan - stellt sich die Frage, wie viele neue Demonstrationen europäischer Ohnmacht noch nötig sind, um endlich die Länder Europas zur Eintracht zu zwingen. Eintracht, damit man wenigstens im eigenen Hinterland auf eigenen Füßen stehen kann und nicht auf die Amerikaner angewiesen ist. In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, daß prominente Niederländer dafür plädieren, die Bundesrepublik solle ihr sicherheitspolitisches Profil schärfen und sich für eine Weiterentwicklung auf dem steinigem Weg der europäischen Verteidigungspolitik einsetzen. Diese unterstellt selbstverständlich die Bereitschaft Deutschlands, eine - ich sage nicht ‚die‘ - Vorreiterrolle in Militäraktionen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes zu spielen.

Muß man sich nach dem Abschluß der EU-Regierungskonferenz von einer Welle des Pessimismus mitreißen lassen und die Schlußfolgerung ziehen, Amsterdam markiere die Grenzen des Integrationsprozesses? Das erscheint mir - ebenso wie die verfrühte Nachricht über den Tod Mark Twains - voreilig. Glücklicherweise gibt es im Integrationsprozeß einen sogenannten ‚virtuous circle‘, einen Kreis der Tugenden. Es wurde bereits auf den Druck zur Gemeinsamkeit auf anderen Politikfeldern, den die Währungsunion wahrscheinlich hervorbringen wird, hingewiesen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob dieser Prozeß mit konstitutionellem Konstruktivismus gelenkt werden kann. Hiermit ist die ursprüngliche föderalistische Überzeugung gemeint, daß die Einigung Europas sich planvoll in eine Reihe politischer Schöpfungshandlungen stelle. Vermutlich ist der Maastrichter Vertrag der letzte große Willensakt in der klassischen Europa-Politik gewesen.

Was ist für die Zukunft zu erwarten? Es sei nochmals wiederholt, daß die einstige technische, utilitaristische und mechanische Annäherung an die europäische Integration nicht mehr den heutigen politisch sensiblen Problemen, sowie dem weitverbreiteten Gefühl, nationale Souveränität sei im Kern bedroht, entspricht. Diese Feststellung sollte eigentlich zu einer prinzipiellen Debatte über die politische Finalität führen. Das heißt zu einer Diskussion über die Frage, wie das Endstadium europäischer Vereinigung bei näherer Betrachtung aussehen sollte und wie weit die Europäer auf dem Weg dorthin vorangekommen sind. Im Idealfall wird dabei deutlich gemacht, wozu der gemeinsame Entscheidungsprozeß in bestimmten politischen Bereichen tatsächlich dient. Integration ist doch kein Selbstzweck, sondern ein Instrument zur Realisierung erwünschter Zielstellungen. Ich fürchte jedoch, daß eine grundlegende Debatte über diese und ähnliche Fragen auf eine peinliche Demonstration der Un-

einigkeit hinausläuft. Mich beschleicht die Angst, daß die existierenden Gegensätze zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere die Gegensätze zwischen den Befürwortern einer stärkeren supranationalen Zusammenarbeit und denen einer stärkeren zwischenstaatlichen Zusammenarbeit, jegliche Einstimmigkeit zur Zielformulierung abblocken. Leider ist es eine Tatsache, daß für die eine Gruppe die wichtigste Legitimation des Europaprojektes die Überwindung des Nationalstaates ist, für die andere aber dessen Rettung. Meiner Meinung nach bleibt die europäische Integration deshalb eine Reise zu einem unbekanntem Ziel, eine endlose Prozession von Schritten in eine Richtung, die in Nebel gehüllt ist.

Aber was kann getan werden, um das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen? Es gibt Lösungsansätze, wobei allerdings wichtige Lehren aus der jüngsten Geschichte zu berücksichtigen sind. Es ist gefährlich, die Meßlatte der Ambitionen zu hoch zu legen und damit Erwartungen zu wecken, die nicht in Erfüllung gehen können. Dies läßt einzig und allein die Kritik der Euro-Skeptiker anschwellen. Andererseits genügt es nicht, die Unüberschaubarkeit und Bürokratie der EU-Entscheidungsmaschinerie zurückzudrängen. Vor allem kommt es darauf an, die unverkennbare Kluft zwischen den Alltagsorgen der europäischen Bürger und der Rhetorik der politisch Verantwortlichen in Europa zu überbrücken. Das Interesse der Bürger bezieht sich in erster Linie auf die Arbeitslosigkeit. Man sollte nicht annehmen, die Lage in den Niederlanden sei in dieser Hinsicht wesentlich besser als in Deutschland. Die Erfolge, die vor allem Ausländer - unter ihnen viele Deutsche - dem sogenannten niederländischen Poldermodell zuschreiben, haben die Niederländer ein wenig in Verlegenheit gebracht. Insbesondere dank der Mitwirkung der Gewerkschaften an einer dauerhaften Politik zur Lohnmäßigung konnte die Situation auf dem Arbeitsmarkt entschärft werden. Darüber hinaus ist es gelungen, zahlreiche Teilzeitstellen einzuführen. Die Beschäftigungsrate in den Niederlanden ist jedoch nicht bedeutend höher als in Deutschland. Zugegebenermaßen haben die Niederländer ihre Arbeitslosigkeit ziemlich gut in den Statistiken versteckt.

Was kann Europa in diesem Bereich tun? Die Behauptung, europäische Vertragstexte könnten keine Beschäftigung regeln, ist eine Binsenwahrheit. Es ist sicher positiv zu werten, daß die Europäische Kommission im Rahmen des neuen Beschäftigungskapitels im EU-Vertrag Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten soll. Zwar kann die Europäische Union keine massive Beschäftigungsoffensive in die Wege leiten, aber die EU ist ganz bestimmt imstande, die Beschäftigungssituation in Europa direkt und auch indirekt positiv zu beeinflussen. Direkt, in Gestalt von Programmen, die auf eine Festigung der europäischen Infrastruktur zielen, zum Beispiel auf den Bau von Hochgeschwindigkeitszügen und besseren Transportverbindungen. Für die Finanzierung solcher Programme stehen allerdings keine ausreichende Mittel zur Verfügung. Aber in diesem Zusammenhang sollte abermals die Frage gestellt werden, ob es länger zu verantworten ist, daß die Hälfte des Europaetats zur Aufrechterhaltung einer hoffnungslos veralteten europäischen Landwirtschaftspolitik aufgewendet wird. Die Union kann indirekt positiven Einfluß ausüben, indem sie die Arbeitsmobilität über nationale Grenzen hinweg fördert. Der Arbeitsmarkt sollte weniger national, sondern transnational und europäisch ausgerichtet sein. Ein Angebot fiskaler und anderer Stimulanzen sollte vorhanden sein. Außerdem besteht eine wichtige Aufgabe für die Europäische Union darin, zügellose Konkurrenz zwischen

den Mitgliedern auf Kosten des Umweltschutzes und unserer Verantwortung gegenüber den Niedriglohnempfängern einzudämmen. Hier können Parallelen zu den negativen Folgen des Devaluationswettkampfs in den 30er Jahren gezogen werden.

Im übrigen ist es im Hinblick auf die Überzeugungskraft und die Ausstrahlung des Europaprojekts gegenüber dem Bürger wichtig, daß die EU-Erweiterung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern zu einem guten Abschluß gebracht wird. Ende 1997 wird der Europäische Rat einen endgültigen Beschluß fassen, mit welchem Ländern die Verhandlungen über die Mitgliedschaft aufgenommen werden. Die Europäische Union der Zukunft wird zweifellos einen anderen Charakter haben als die Gemeinschaft von gestern. Als Folge der wachsenden politischen Diversität und der zunehmenden wirtschaftlichen Niveauunterschiede gerät die Kohäsion der Union unter immer stärkeren Druck. Dies ist der Preis, der für die Entscheidung - so viele europäische Länder wie möglich in den Prozeß einer friedlichen Veränderung einzubeziehen - gezahlt werden muß. Leider ist noch keine für alle Mitgliedstaaten akzeptable Formel gefunden, um die minimale Handlungsfähigkeit der Union zu garantieren. Aber das wichtigste ist doch, daß Europa - wie die Amerikaner sagen - ein ‚window of opportunity‘ hat, um sich weiter von den Fesseln der Vergangenheit zu lösen. Wenn es gelänge, auch Rußland in ein beiderseitig vorteilhaftes Kooperationsystem einzubinden, müßte die Einheit aller Europäer und die ‚Versöhnung des Kontinents‘ nicht länger eine Utopie bleiben. Dies ist die Herausforderung und zugleich die verlockende Perspektive für die Zukunft. Darum sei an einen der größten Europäer erinnert; Walter Hallstein sagte einst: „Wer in europäischen Angelegenheiten nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist!“